

II-1869 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

Präs.: 23. Okt. 1968

No. 906/7 XI. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

der Abgeordneten Müller, Robak, Babanitz und Genossen
 an den Bundesminister für Finanzen,
 betreffend die Beiziehung von ÖVP-Mandataren und eines
 ÖVP-Bezirkssekretärs zur Beratung von Entschädigungswerbern
 nach dem Verteilungsgesetz Ungarn durch Beamte der zu-
 ständigen Finanzlandesdirektion.

.....

In einzelnen Gemeinden des Bezirkes Güssing wurden die Entschädigungswerber nach dem Verteilungsgesetz Ungarn von Seiten der Gemeinden amtlich verständigt, daß am 27. 9. 1968 in Güssing eine Beratung der Entschädigungswerber stattfindet, wobei auch Beamte der Finanzlandesdirektion anwesend sein werden. Die Entschädigungswerber mußten die amtliche Einladung mit ihrer Unterschrift bestätigen. Die Entschädigungswerber trauten ihren Augen nicht, als bei der Beratung auch der ÖVP-Bezirksobmann Landtagsabgeordneter Gradinger, Bundesrat Deutsch und der ÖVP-Bezirksparteisekretär Kovacs anwesend waren. Die zwei anwesenden Beamten der Finanzlandesdirektion erteilten den Entschädigungswerbern Auskunft, wobei bei einem Beamten der ÖVP-Bezirksobmann LAbg. Gradinger und beim zweiten Beamten Bezirksparteisekretär Kovacs Platz nahmen und bei den Beratungen eingriffen. Offenbar wird hier unter Mißbrauch der Aufgaben der Finanzverwaltung der Versuch unternommen, aus den Entschädigungen nach dem Verteilungsgesetz Ungarn parteipolitisches Kapital zu schlagen. Dieser Vorgang erschüttert das Vertrauen zur Finanzverwaltung und wurde von der Bevölkerung stark mißbilligt.

Die untaufertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e n :

- 2 -

- 1) In welcher Eigenschaft waren die ÖVP-Mandatare und der ÖVP-Bezirkssekretär bei dieser Beratung anwesend?
- 2) Sind Sie bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um in Zukunft die Vermengung von Aufgaben der Finanzverwaltung mit parteipolitischen Aktivitäten zu unterbinden?
- 3) Welches Organ der Finanzverwaltung hat die Anordnung getroffen, die die Teilnahme von ÖVP-Funktionären an der Beratung der Entschädigungswerber ermöglichte?
- 4) Welche dienstaufsichtsbehördlichen Maßnahmen haben Sie auf Grund der beschriebenen Vorkommnisse getroffen?

•-•-•-•-•-•-•-•